

Pressemitteilung

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Elisabeth Radke

10.02.2025

<http://idw-online.de/de/news847199>

Forschungs- / Wissenstransfer
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft
überregional



Neue Bundesregierung muss in der Außenwirtschaft europäisch denken und handeln

Außenwirtschaft konsequent europäisch denken – die Außenwirtschaftsagenda des IfW Kiel für die neue Bundesregierung setzt auf eine starke EU als Antwort auf geopolitische Spannungen, Protektionismus und wirtschaftliche Unsicherheiten. Chinas Dominanz in Schlüsselindustrien, Trumps drohende Strafzölle und die schwächelnde Wettbewerbsfähigkeit Europas erfordern eine geschlossene europäische Strategie. Ein gestärkter Binnenmarkt und eine strategische Handelspolitik, die Offenheit, Liberalisierung und neue Partnerschaften, etwa mit Afrika, vorantreibt, sollen Deutschland und die EU widerstandsfähiger machen und langfristig auf Augenhöhe mit den USA und China halten.

Chinas Angriff auf Schlüsselindustrien; die aggressive Zollpolitik von Donald Trump; Wachstumsschwäche und zunehmende geopolitische Risiken: Wenn eine neue Bundesregierung nach den Wahlen ihre Arbeit aufnimmt, steht sie wirtschaftspolitisch vor großen Herausforderungen. „Die neue Bundesregierung wird vom ersten Tag an in außenwirtschaftlich stürmischen Gewässern navigieren müssen“, sagt Moritz Schularick, Präsident des IfW Kiel. „Die hiermit vorgelegte Agenda ist daher als eine Art außenwirtschaftlicher Kompass für die neue Regierung gedacht.“

Die Antwort auf die außenwirtschaftlichen Herausforderungen könne nur europäisch sein, schreiben Schularick und neun weitere Expertinnen und Experten des Instituts gemeinsam in der heute veröffentlichten Außenwirtschafts-Agenda des IfW Kiel für eine neue Bundesregierung (<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ausenwirtschaft-nach-der-wahl-eine-agenda-fuer-die-neue-bundesregierung-33738/>). Durch eine Stärkung des EU-Binnenmarktes, eine starke europäische Innovationspolitik, eine integrierte Klimapolitik und eine geschlossene, rasche Reaktion auf Trumps Zolldrohungen könne es gelingen, ein wirksames Gegengewicht zu China und den USA aufzubauen.

Die EU ist zusammen mit den USA und China eine der drei größten Volkswirtschaften der Welt, und die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten sind eng miteinander vernetzt. „Gemeinsam hat die EU eine starke Marktmacht, die eingesetzt werden kann, um handelsbeschränkenden Maßnahmen entgegenzuwirken und einen fairen internationalen Wettbewerb zu ermöglichen“, sagt Schularick. „Aber nur ein starker EU-Binnenmarkt schafft Augenhöhe mit den USA und China“

Selbstbewusst den Platz zwischen den USA und China füllen

Die Wiederwahl von Donald Trump und seine geplanten Importzölle stellen die transatlantischen Handelsbeziehungen vor große Herausforderungen. Die EU muss geschlossen auftreten, gezielte Gegenmaßnahmen ergreifen und auch höhere Investitionen in Verteidigung in Europa sollten Teil der strategischen Antwort auf die unberechenbare Handelspolitik von Trump sein.

Gleichzeitig gilt es, sich zwischen den USA und China zu positionieren: Statt Scheinlösungen bei Ausgleichszöllen für chinesische E-Autos sollte die EU auf fairen Wettbewerb und besseren Schutz europäischer Unternehmen drängen. Auch kritische Infrastrukturen müssen geschützt und die Versorgung mit kritischen Rohstoffen sichergestellt werden. Trumps Fokus auf schnelle Deals birgt Risiken, bietet aber auch Chancen. Europa sollte sich als Champion von Offenheit und Liberalisierung behaupten – beispielsweise, wenn es um Freihandelsabkommen geht oder darum eine strategische Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent aufzubauen.

Technologisch aufholen mit einer starken Innovationspolitik

Das gilt umso mehr angesichts der Wachstumsschwäche und des technologischen Rückstands der deutschen Wirtschaft. Laut aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes ist die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2024 im Vorjahresvergleich um drei Prozent zurückgegangen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch in deutschen Vorzeigebereichen wie der Automobilindustrie und dem Maschinenbau wider, die zusätzlich von möglichen Zöllen der US-Regierung besonders betroffen wären. Notwendig seien daher eine europäische Innovationspolitik und ein integrierter europäischer Kapitalmarkt, schreiben die Autorinnen und Autoren. Neben einer klaren Strategie sei es hier vor allem wichtig Lücken in der Finanzierung zu schließen. „Investitionen in Forschung und Entwicklung sind risikoreich. Es braucht Geldgeber, die das Risiko auf sich nehmen“, so Schularick. Hier müsse der Staat ansetzen, um die private Risikofinanzierung innerhalb des EU-Binnenmarktes zu erleichtern, und um durch Bürokratieabbau und steuerliche Vereinfachungen Investitionen für in- und ausländische Risikoinvestoren attraktiver zu machen.

Mehr Einfluss auf weltweite Emissionen durch europäische Klimapolitik

Auch in der Klimapolitik gewinnt die Zusammenarbeit innerhalb der EU an Bedeutung. Deutschland sollte sich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern auf die Reduktion von Emissionen innerhalb der Union konzentrieren. Eine stärkere europäische Ausrichtung ermöglicht es, durch internationale Abkommen und Handelsbeziehungen einen größeren Einfluss auf die weltweiten Emissionen zu nehmen. Daher ist es entscheidend, wirksame europäische Klimainstrumente weiter auszubauen. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, unnötige Regulierungen zu vermeiden, die nicht mit marktwirtschaftlichen Prinzipien im Einklang stehen oder einen effizienteren Klimaschutz behindern.

Lesen Sie im Einzelnen im Kiel Policy Brief 182 „Außenwirtschaft nach der Wahl – Eine Agenda für die neue Bundesregierung“/<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aussenwirtschaft-nach-der-wahl-eine-agenda-fuer-die-neue-bundesregierung-33738/>:

- Weltwirtschaftliche Herausforderungen nach der Wahl. Warum die neue Bundesregierung europäisch denken und handeln muss [Dirk Dohse, Holger Görg und Moritz Schularick]
- Chinas Angriff auf deutsche Schlüsselindustrien – wie sollen wir reagieren? [Frank Bickenbach, Dirk Dohse, Wan-Hsin Liu]
- Trumps Zollpolitik: Folgen und Handlungsoptionen [Julian Hinz]
- Mit Handelsabkommen neue Partner finden [Rolf J. Langhammer]
- Mehr Afrika wagen! Wie Deutschland vom Intensivieren der Partnerschaft profitieren kann [Tobias Heidland]
- Sicherung kritischer Rohstoffe: Rohstoffpolitik mit Augenmaß und Weitblick [Eckhardt Bode]

• Fokus auf Europäische Klimapolitik [Wilfried Rickels]

Medienansprechpartnerin:

Elisabeth Radke
Head of Outreach
T +49 431 8814-598
elisabeth.radke@ifw-kiel.de

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66 | 24105 Kiel
Chausseestraße 111 | 10115 Berlin
T +49 431 8814-1
E info@ifw-kiel.de
www.ifw-kiel.de

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Dr. Dirk Dohse
Innovation und Internationaler Wettbewerb
T +49 431 8814-460
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Moritz Schularick
Präsident
T +49 431 8814-259
president@ifw-kiel.de